



Kommunalwahlprogramm der Alternative für Deutschland Rhein-Lahn 2019

Stand 10.02.2019

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

eines steht fest: Wir leben in spannenden Zeiten. Die politische Entwicklung in der Welt, in Europa und auch in Deutschland hat in den letzten zehn Jahren eine enorme Dynamik entfaltet. Was mit der Finanzkrise 2008 begann, setzte sich in der Eurokrise und schließlich in der Asylkrise nach der fatalen Grenzöffnung 2015 fort.

In ganz Europa zeigt sich, dass die etablierten Parteien die verheerenden Entwicklungen nicht gesehen haben und mit ihren alten, ideologisch-gefärbten Antworten bei deren Lösung versagen. Unsere 2013 begonnene Mission für ein alternatives Angebot zur linksliberalen Einheitspolitik, für mehr direkte Demokratie, für eine Zukunft für unser Deutschland als Heimat und souveräner, selbstbestimmter Staat soll sich nun auch auf kommunalpolitischer Ebene fortsetzen. Auch im Rhein-Lahn-Kreis legen wir den Finger in die Wunde: Die Verschandelung unserer Landschaft durch Windkraftanlage kritisieren wir, die Digitalisierung der Kreisverwaltung fordern wir und für mehr Polizei wollen wir über den Kreis im Land Druck machen. In Hinblick auf die BuGa 2029 wollen wir das Augenmerk darauf legen, eine nachhaltige positive Entwicklung für die Region sicherzustellen. Hinzu kommen natürlich unsere restriktive Migrationspolitik und unser klares Bekenntnis zu Deutschland sowie unserer nationalen und regionalen Kultur als unser Alleinstellungsmerkmal, das uns von allen Mitbewerbern unterscheidet.

Gerne wird behauptet, wir wären eine Ein-Themen-Partei und würden keine Probleme lösen. Gerne behaupten auch diejenigen, die die Probleme verursacht haben, unsere Antworten wären „zu einfach“. Machen Sie sich ihr eigenes Bild. Unser Grundsatzprogramm ist über unsere Homepage www.afd.de erreichbar und 96 Seiten stark. Anbei finden Sie unser Kommunalwahlprogramm, das zu allen wesentlichen Themenfeldern Positionierungen beinhaltet. Gerne stehen wir Ihnen auch persönlich Rede und Antwort: Sie erreichen uns unter 0176-76173617 und info@afd-rhein-lahn.de .

Herzlichst,

Alexander Heppel (Kreisvorsitzender der AfD Rhein-Lahn)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Direkte Demokratie | 4 |
| Gesundheitswesen | 4 |
| Bürger- und unternehmensfreundliche Digitalisierung | 5 |
| aller Verwaltungsprozesse | 5 |
| Tourismus | 6 |
| Kultur und Städtebau | 7 |
| Migration | 8 |
| Innere Sicherheit | 9 |
| Bildung / Ausbildung | 10 |
| Senioren | 11 |
| Wirtschaft | 12 |
| Haushalt und Finanzen | 13 |
| Infrastruktur | 14 |
| Umweltschutz ist Heimatschutz | 16 |
| Familien sind unsere Zukunft | 17 |

Direkte Demokratie

Wir leben in Zeiten, in denen Demokratie und Volkssouveränität einen schleichenden Tod zu sterben drohen.

Wichtige Entscheidungen werden ohne Bürgerbeteiligung von „Oben“ herab getroffen und anschließend wirksam medial präsentiert und gerechtfertigt. **Abweichende Meinungen und kritische Stimmen werden** durch Gesetze wie das NetzDG und die DSGVO kontrolliert und bei Bedarf diskreditiert oder gar **zensiert** -an den Medienskandal um den Mord in Chemnitz 2018 sei erinnert.

Die AfD setzt sich seit Ihrer Gründung für mehr Mitwirkungsrechte der Bürger an politischen Entscheidungen ein, **insbesondere auch auf kommunaler Ebene**. Viele Entscheidungen in der Vergangenheit, viele Krisen und unrentable Großprojekte hätten mit vorheriger Bürgerbeteiligung wirksam vermieden werden können. Deswegen muss auf kommunaler Ebene das Element der Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden.

Im Kreistag wird die AfD dafür streiten, dass die direkte Demokratie wieder beim Bürger ankommt:

- durch die Forderung und Förderung von Bürgerentscheiden
- durch die Forderung und Förderung von Befragungen bei wichtigen kommunalpolitischen Fragestellungen
- durch Verbesserung der unparteiischen Aufklärung und der objektiven Informationsweitergabe an den Bürger im Vorfeld von wichtigen Entscheidungen, etwa durch Amtsblätter oder lokale Medien

Gesundheitswesen

Die AfD Rhein - Lahn setzt sich für den Erhalt der örtlichen Hausarztpraxen ein. Die meisten Landärzte sind im mittleren oder höheren Alter und scheiden somit in den nächsten Jahren altersmäßig aus. *Nachwuchs ist oftmals nicht in Sicht*. Weiterhin sind viele Arztpraxen durch die Vielzahl der Patienten derart überlastet, dass keine neuen Patienten mehr aufgenommen werden. *Dies gilt insbesondere für Fachärzte, von denen es im Rhein-Lahn-Kreis viel zu wenig gibt. Gerade für ältere Menschen sind die langen Reisen nach Koblenz, nach Hessen oder zumindest in die größten Kreisstädte wie Lahnstein und Bad Ems eine große Belastung.*

Ein Nachrücken junger Ärzte aufs Land muss von der Landesregierung attraktiver gemacht werden, damit die ärztliche Versorgung auch in Zukunft gewährleistet werden kann. *Da weder von Mainz noch von Berlin nennenswerte Hilfe zu erwarten ist, wird der Kreis selbst Anreize setzen müssen. Wir fordern daher die Schaffung eines Geldtopfs (Fonds) auf Kreisebene, mit dem die Neuansiedlung von Ärzten finanziell gefördert wird. Auch ist eine Studienförderung für junge Menschen aus dem Landkreis denkbar, die sich für ein Medizinstudium entscheiden und sich verpflichten, danach im Kreisgebiet zu praktizieren.*

Wir setzen uns zudem für die Schaffung von Ärztehäusern nach dem Vorbild des MVZ Einrich ein. Diese stellen bei kurzen Wegen für die Bürger eine breite medizinische Versorgung sicher.

Im Rhein-Lahn-Kreis gibt es zudem zu wenig Frauenärzte – insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass diese von der Hälfte der Bevölkerung benötigt werden. Nach der Schließung der Entbindungsstationen in Nastätten und Lahnstein müssen werdende Eltern zudem weite Wege in Entbindungskliniken in Kauf nehmen. Auch die Hebammenversorgung ist gefährdet. Es muss wieder eine zentral im Kreis gelegene Entbindungsstation geben, damit die Region auch für junge Familien attraktiv bleibt.

Um einen gesundheitlichen Notstand auf dem Land zu verhindern, ist ein sofortiges entschlossenes Handeln notwendig.

Bürger- und unternehmensfreundliche Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse

Die industrialisierte Welt befindet sich mitten in der **digitalen Revolution** mit ihren vielfältigen neuen Nutzungsmöglichkeiten digitalisierter Daten in innovativen Produkten, auch und insbesondere unter Verwendung des Internets.

Während die deutsche Industrie und (etwas weniger stark) der deutsche Handel die **Notwendigkeit des digitalen Fortschritts** erkannt haben und neue Geschäftsmodelle im Wettbewerb mit der internationalen Konkurrenz entwickeln, hinken die deutschen öffentlichen Verwaltungen zum großen Teil noch bei der Durchführung der digitalen Transformation hinterher. Dies gilt auch für die Kreisverwaltung Rhein-Lahn!

Die AfD wird sich im Kreistag dafür einsetzen, dass **schnellstmöglich** in einem großen Kraftakt ein **digitaler Fortschrittsplan** für die Kreisverwaltung mit externer Unterstützung erarbeitet wird. Dieser Transformationsplan muss folgende Teile enthalten:

- Dokumentation sämtlicher zur Zeit bestehender Verwaltungsprozesse (einschließlich Formulare) in einem einheitlichen Dokumentationstool
- Ermittlung der Digitalisierungspotentiale für jeden einzelnen Verwaltungsprozess; absolutes Minimum ist dabei jeweils die Prüfung der Einführung einer **elektronischen Aktenführung** als Kernbestandteil der digitalen Transformation innerhalb der Verwaltung
- *Estland ist im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung weltweit eines der fortschrittlichsten Länder. Der Kreis soll Partnerschaften zu estnischen Landkreisen und Kommunen aufbauen und eine Digitalisierungskommission gründen, die in Estland gemachte Erfahrungen evaluiert und die Übertragbarkeit auf unsere Kreisverwaltung prüft.*
- Priorisierung der Digitalisierungspotenziale für die **bestehenden** Verwaltungsprozesse nach Dringlichkeit und erzielbarem Nutzen; als Beispiel für einen digitalisierbaren Prozess mit sehr hohem Nutzeneffekt sei etwa die Einführung der vollautomatischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen vom Posteingang bis zur Bezahlung genannt.

- Entwicklung und Priorisierung **neuer E-Government-Prozesse** für den Rhein-Lahn-Kreis, die in mehreren Ideenwettbewerben u.a. auf der Grundlage von **Bürgerbefragungen** ausgearbeitet werden sollen. Beispiele solcher neuer E-Government-Prozesse sind etwa: Zentrale KITA-Platz Bewerbung über das Internet für alle KITAs im Kreis; Beantragung des Kindergelds über ein Internet-Formular; Schrott-Abhol-Börse; Zentrale Ausschreibung ehrenamtlicher Tätigkeiten; Koordination und Projektbegleitung für die Einführung von Telemedizin-Sprechstunden für gehbehinderte oder bettlägerige Patienten oder für Patienten in entlegenen Gebieten des Kreises ohne ärztliche Versorgung; usw.
- Erstellen einer Kostenschätzung und eines Realisierungszeitplans für die am höchsten priorisierten bestehenden und neuen Verwaltungsprozesse bzw. E-Government-Prozesse für die nächsten 5 Jahre, um die gesetzlichen Anforderungen des neuen Online-Zugangsgesetzes des Bundes zu erfüllen und die enormen Effizienzsteigerungspotentiale der digitalen Transformation rasch zu heben.

Weiterhin wird sich die AfD dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises einen **zusätzlichen** Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Begleitung des digitalen Transformationsprozesses insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich Handel und Handwerk legt.

Tourismus

In der Vergangenheit haben viele Kommunen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und steuerlicher Wertschöpfung fast ausschließlich auf **neue Industriegebiete** gesetzt, während die **Entwicklung des Tourismus** vernachlässigt wurde. Trotz oder gerade auf Grund der Förderung **dezentral** gelegener Gewerbe- und Industriegebiete ist es in vielen Orts- und Stadtkernen zu einem **erheblichen Rückgang** der Einzelhandelsgeschäfte gekommen. Folge dieser Entwicklung ist nicht nur ein **Verlust** von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen, sondern auch eine Verringerung der touristischen Attraktivität. Dabei ist der Tourismus ein **wichtiges Standbein** der Region und bietet ein vielfältiges Entwicklungspotenzial. Wir von der AfD werden uns dafür einsetzen, dieses ruhende Potenzial zu nutzen, und einen **nachhaltigen, sanften Tourismus** zu fördern.

Folgende Maßnahmen hält die AfD für erforderlich:

- Verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Tourismuszentren im Landkreis
- Öffnung der Info- bzw. Tourismusbüros auch an Wochenenden während der Sommersaison
- Kostengünstige Familientickets zum Besuch von Sehenswürdigkeiten im Landkreis, z.B.: Burgen-Besichtigungen, Hallen- und Freibäder, Lahn- und Rheinschiffahrt
- Anregung zur Bildung von Kooperationen von Gastronomiebetrieben und Hotels zum gemeinsamen Wareneinkauf und der Absprache von Öffnungszeiten
- Förderung von Erlebnisastronomie und mindestens ein öffentliches Event pro Monat
- Weiterer Ausbau sicherer Rad- und Wanderwege, insbesondere zwischen Laurenburg und Geilnau, wo seit 30 Jahren 700 Meter Anschlussradweg fehlen!

- Kombination und Zusammenschluss verschiedener touristischer Angebote, sektorenübergreifend
- Ausführliche Planung der BUGA 2029 mit der heimischen Gastronomie, auch um unsere schöne Heimat auch nach der BUGA nachhaltig präsentieren zu können
- *Im Rheintal ist der Tourismus oftmals noch reines Saisongeschäft. Im Winter verweisen die Dörfer am Rhein. Es soll daher geprüft werden, welche Winterangebote geschaffen werden können, um auch in der kalten Jahreszeit Touristen anzulocken. Eine Stärkung der Weihnachtsmärkte und eine Veranstaltung ähnlich wie „Rhein in Flammen“ im Winter wären eine Überlegung wert.*
- *Insbesondere das Rheintal ist in Asien überaus beliebt. Eine bessere Vermarktung und eine Anpassung der touristischen Angebote (unter anderem in sprachlicher Hinsicht) an die Bedürfnisse von Touristen aus Japan und China soll geprüft werden. Auch hier könnten Patenschaften vor Ort eine Option darstellen.*
- Die Bahn soll endlich zu umfassendem Lärmschutz im Mittelrhein verpflichtet werden. Ebenfalls soll die Machbarkeitsstudie des Bundesverkehrsministeriums zur geplanten Überlandstrecke Troisdorf – Mainz forciert werden. Der ständige Bahnlärm wirkt sich massiv auf den Tourismus am Mittelrhein aus.
- *Die Neugestaltung des Loreley-Plateaus ist notwendig und unterstützenswert. Die Durchführung muss jedoch finanziell vertretbar und durchdacht erfolgen. Da die Arbeiten über viele Jahre erfolgen werden, ist die Achtsamkeit diesbezüglich eine Daueraufgabe.*

Kultur und Städtebau

Die AfD steht auch für **Kultur-** und **Heimatverbundenheit**. Für uns ist „Heimat“ ein emotional besetzter Begriff, der so typisch „deutsch“ ist, dass er kaum angemessen in andere Sprachen übersetzt werden kann. Die Bedeutung von „Heimat“ ist immer eng mit dem jeweiligen geographisch-kulturellen Gebiet verbunden, in dem sie verankert ist. „Heimat“ löst tiefe, ehrliche und gute Gefühle aus, die meistens schon in der Kindheit geprägt wurden.

Aber **unsere** Heimat und ihre Schätze sind **bedroht!** **Unkontrollierte** Neuansiedelung aus EU- und Nicht-EU-Ländern, **mangelndes** historisch-kulturelles **Bewusstsein** vieler Entscheider, Verantwortungsträger und Neuangesiedelter sowie generell **unüberlegte Maßlosigkeit** in der Übernahme **fragwürdiger Trends** führen zu immer größerer Verfremdung und gar Zerstörung unserer Heimat.

Die AfD wird sich im Kreistag für die **Bewahrung** unserer Heimat einsetzen, unter anderem mit folgenden Maßnahmen und Forderungen:

- Förderung der Brauchtumpflege auf der Grundlage einer umfassenden Sammlung heimischer Brauchtümer im Kreisgebiet (regionale Feste, Sitten, Gebräuche, usw.)
- *Ganzjährige Beflaggung an allen öffentlichen Gebäuden. Gemeinschaft wird auch durch Symbolik bewahrt und geschaffen.*
- Pflege der heimischen Dialekte durch Unterstützung von Mundartwettbewerben, Mundartfestivals, Online-Wörterbuch heimischer Dialekte etc.

- Unterstützung unserer Vereine bei der Bewältigung regulatorischer Vorschriften (z.B. DSGVO)
- Auslobung eines Kulturpreises für heimatverbundene Kunst (Sponsorengewinnung)
- Unbedingter Schutz unserer einmaligen Landschaften vor weiterer Zersiedelung (z.B. durch Vorrang der Nutzung bereits erschlossener Flächen im Kreisgebiet vor Neuausweisungen)
- Eine weitere Aufstellung von Windkraftträdern zur Verschandelung unserer Landschaft lehnen wir ab
- Verhinderung jahrzehntelanger Hortung von Baugrundstücken ohne konkrete Nutzungsabsicht durch Aufnahme entsprechender Regularien für zukünftig abzuschließende Erwerbsverträge in allen Kreisgemeinden.
- Verbot des Baus von Minaretten, da diese für die Religionsausübung unnötig sind.
- Erhalt von Kulturdenkmälern bzw. Neubau nach historischem Vorbild, falls das betreffende Gebäude nicht mehr im Original erhalten werden kann.
- Bei Gebäuden in der Verantwortung des Kreises: Verwendung einheimischer Baumaterialien und althergebrachter, heimischer Formensprachen mit kleinteiliger Fassadengestaltung statt gesichtsloser Beton- und Aluminiumbauten.

Migration

Kaum ein Thema wird derzeit in der Öffentlichkeit so kontrovers diskutiert, wie die Migration in unser schönes Land. Dabei sind die Bedingungen für Asyl und Migration klar definiert und gesetzlich geregelt. Diese Regelungen werden jedoch zu Ungunsten Deutschlands fortlaufend missachtet und gebrochen, scheinbar gerechtfertigt durch politische Stimmungsmache, mediale Meinungsbildung und selektive Informationsweitergabe.

Wir von der AfD stehen konsequent für die **Achtung, Einhaltung und Durchsetzung geltenden Rechts** ein und kämpfen dafür auf allen politischen Ebenen. Dabei würdigen wir sowohl die Rechte der Asylsuchenden wie auch die des Steuerzahlers.

Im Kreistag wird die AfD sich dafür einsetzen, eine **nachhaltige, gesellschaftlich kompatible und ökonomisch vertretbare Migrationspolitik** zu betreiben. Diese Migrationspolitik wird unter anderem maßgeblich von folgenden Programmpunkten bestimmt werden:

- **Integrationsmaßnahmen ausschließlich in Abhängigkeit vom Aufenthaltsstatus**

Das Asylrecht ist ein Bleiberecht auf Zeit, kein Recht zur Einwanderung. Keine Investition von Steuergeldern in Integrationsmaßnahmen ohne Nachhaltigkeit und/oder Langzeitwirkung. Wer das Land in 8 Monaten wieder verlassen muss, benötigt keinen 6 monatigen Deutschkurs.

- **konsequente Durchsetzung der Abschiebung abgelehnter und zwingend ausreisepflichtiger Asylbewerber**

Wir wollen Maßnahmen ergreifen zur Förderung und Unterstützung der zuständigen Behörden bei den entsprechenden Verfahren, etwa durch Optimierung der internen und zwischenbehördlichen Kommunikation, Personalaufstockung und Schulungen.

- Familienzusammenführung im jeweiligen Herkunftsland im Rahmen der freiwilligen Rückkehr
- Überprüfung ärztlicher Atteste, die zur Aussetzung von Abschiebungen führen, durch den Amtsarzt, zur Reduzierung und Vermeidung des Missbrauchs von Schutzrechten
- Unterstützung der Kommunen gegen die Umverteilung finanzieller Belastungen von Bundes- und Landesebene auf kommunale Ebene, z.B. durch die Einstufung/Umverteilung von Migranten aus Hartz-IV auf Sozialhilfe
- transparente Aufstellung sämtlicher Kosten für Asylbegehrende
- Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durch Röntgen-Untersuchungen bei unklarem Alter, dadurch eine deutliche Reduzierung der Kosten für den Steuerzahler (zur Zeit ca. 5000 Euro/monatlich zzgl. Kosten für Integration u.a.)
- keine Schlechterstellung Einheimischer gegenüber "Neubürgern" bei notwendigen kommunalen Hilfen jeglicher Art

Innere Sicherheit

Das **Sicherheitsgefühl der Bevölkerung** schwindet dieser Tage vielerorts. Trotz eines statistischen Rückgangs bei Wohnungseinbrüchen, hat die Zahl der Gewalttaten und (sexuellen) Übergriffe zugenommen. Gründe hierfür sind die „offenen Grenzen“, aber auch die permanente Ausdünnung des effektiven, flächendeckenden Polizeischutzes sowie mangelnder Respekt und Integrationswille in unser Rechtssystem seitens bestimmter Bevölkerungsgruppen. *Der Ausländeranteil in rheinland-pfälzischen Gefängnissen betrug laut Landejustizministerium zum 30.06.2018 ganze 30 Prozent. Dies verdeutlicht nochmals, wie sehr die Innere Sicherheit von einer restriktiven Migrationspolitik abhängig ist.*

Für uns stehen der Schutz und die Sicherheit unserer Bürger an oberster Stelle, ebenso wie die Einhaltung und Durchsetzung des Rechtsstaates.

Die AfD vertritt daher die Auffassung, dass zur direkten Verbesserung der inneren Sicherheit nicht nur die Schaffung neuer Polizeibeamtenstellen von hoher Priorität ist, sondern auch die effektive Wiederherstellung flächendeckender Polizeipräsenz und die Sicherstellung kurzer Reaktionszeiten. Auch muss der Beruf des Schutzpolizisten attraktiver gestaltet werden, um dem erhöhten Bedarf an Neuanzuwerbenden entsprechende Anreize zu bieten.

Damit die Sicherheitsbehörden die Sicherheit der Bevölkerung wieder gewährleisten können, fordert die AfD folgende Veränderungen:

- Rückkehr zu kleineren Dienststellen und Dienstbezirken zur **Verbesserung der Reaktionszeiten** (Tag- und Nachtwachen je nach den jeweiligen Bedürfnissen)
- **Ausüben von Druck auf die Landespolitik zur Erreichung dieses Ziels – Innere Sicherheit wird gerade nicht (nur) durch die prompte Ahndung von Verkehrsverstößen gewahrt!**
- deutlicher Anhebung des Gehaltszuschlags für ungünstige Arbeitszeiten
- *Wir fordern Ausbildung und Beschulung kommunaler teils bewaffneter Ordnungsbeamter, ähnlich der Frankfurter Stadtpolizei, die vor allen Dingen dem Randalieren, Sachbeschädigungen und Vandalismus im öffentlichen Raum begegnen sollen. Dem weiteren Entstehen von sogenannten Angsträumen muss im Ansatz Einhalt geboten werden. Die Polizei alleine kann das derzeit nicht leisten.*
- **Wegfall polizeifremder Zusatzarbeiten**, wie Erstellung von Statistiken oder der Erhebung von Daten für Versicherungen jeglicher Art
- Verstärkter Einsatz von Überwachungsanlagen **an Kriminalitätsschwerpunkten** ohne Einschränkung der Bildqualität
- Häufigere stichprobenartige Kontrollen zum Aufspüren von Gefährdern und untergetauchten Personen
- Verstärkung und Förderung von **Präventionsarbeit und Aufklärung** bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden vor Betäubungsmitteln, Gewaltdelikten und religiöser/politischer Indoktrinierung und Radikalisierung
- **Freiwillige Feuerwehr und THW:** Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die Rentenansprüche (z. B. : für 10 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit ein Jahr vorzeitiger Rentenanspruch)
- Überprüfung des Ausbaus des KATWARN - Systems im Katastrophenfall

Bildung / Ausbildung

Im Bereich der Bildung befürwortet die AfD ein **differenziertes mehrgliedriges Schulsystem**, welches den Erfordernissen einer **umfassenden humanistischen Bildung** der Schüler genügt.

Wir stehen für eine **Inklusion mit Augenmaß**, welche die betroffenen Schüler nicht überfordert und die nur dort erfolgt, wo gut ausgebildetes Fachpersonal in ausreichender Zahl vorhanden, und entsprechende Infrastruktur ausgebaut ist. Zugleich sprechen wir uns für den vollständigen **Erhalt der Förderschulen** aus, da diese Schulform für einige Schüler die beste Lernumgebung bietet.

An die Stelle unausgelegener Bildungsexperimente (Genderideologie und Frühsexualisierung) zulasten unserer Kinder setzen wir auf:

- eine **Aufstockung der Lehrerschaft** mit besserer Aus- und Weiterbildung der Pädagogen beispielsweise im Bereich der digitalen Medien,
- eine Sanierung der schulischen Bausubstanz soweit nötig
- Investitionen in moderne Lehrmaterialien, *aber keine Über-Digitalisierung aller Unterrichtsinhalte*
- Erhalt kleiner Grundschulen und überhaupt aller Schulen im Kreisgebiet: „Kurze Beine, kurze Wege“

- Ausübung von Druck auf die Landespolitik, damit weite Schulwege künftig auch für ältere Schüler kostenfrei werden
- *Ganztagsangebote erhalten und ausbauen, sofern Bedarf besteht*
- *Es soll zudem geprüft werden, ob auch kostenlose Angebote für Mittagessen in den Schulen ermöglicht werden können*
- *Ganztagsangebote müssen aber freiwillig bleiben – genug Raum für Vereine und Familie lassen!*
- *Vereine sollen in die Gestaltung der Ganztagsangebote eingebunden werden. Dies belebt auch das Vereinswesen in der Region*
- *Ansiedlung von Privatschulen im Kreis fördern, um das Schulangebot weiter auszubauen*
- Moscheebesuche für nichtmuslimische Schüler nur auf freiwilliger Basis und nur nach Einwilligung der Erziehungsberechtigten

Die AfD unterstützt zudem seit ihrer Gründung mit der Devise „**Meister statt Master**“ eine **Aufwertung der Berufsausbildung**. Bekanntermaßen fällt es insbesondere Betrieben des Mittelstandes häufig schwer, qualifiziertes Personal zu finden. Deshalb sollten die Berufsbildenden Schulen im Hinblick auf Personal- und Mittelzuwendungen weiter gestärkt werden.

Senioren

Die gesetzlichen Rentenbezüge liegen in Rheinland-Pfalz unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Männer erhielten nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung 2016 im Schnitt 1148 €, Frauen 575 €, die aber noch abgabepflichtig sind.

Die AfD fordert deshalb:

- eine **aktive Beratung** aller Rentner in Bezug auf ihnen zustehende Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch
- die **kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel** und anderer öffentlicher Einrichtungen für alle bedürftigen über 65-jährigen Rentner
- die Möglichkeit, mithilfe sozialer Dienste und Einrichtungen solange wie möglich sicher in der angestammten Umgebung leben zu können
- Die Einrichtung zentraler Beratungsstellen, durch die ältere Mitbürger und Behinderte Unterstützung bei elektronischen Antragsverfahren bekommen, sowie Informationsveranstaltungen und individuelle Hilfen vor Ort
- **Förderung gemeinschaftlichen Wohnens (z.B. Seniorenwohnparks)** und von Begegnungsmöglichkeiten
- Erhöhung des Angebotes an **bezahlbarem Wohnraum** auch für Senioren
- **Förderung und Honorierung von ehrenamtlichem Engagement im Bereich Senioren**

Wirtschaft

Weitere Stärkung der Klein- und Mittleren Unternehmen

Klein- und Mittelständische Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten stellen im Landkreis das Rückgrat der Wirtschaft dar. Zum Zwecke ihrer Expansion und Stärkung befürworten wir:

- eine **verbesserte ländliche Infrastruktur**: Verkehrsanbindung und Anbindung ans schnelle Internet
- Zugang zu neuen und zukünftigen Technologien durch eine bessere **Verknüpfung von Lehre, Forschung und angrenzenden Technologie-Zentren**
- die Förderung der kreiseigenen Mittelzentren durch **Nutzung bereits erschlossener Gewerbeflächen**
- **Unterstützung** der Rhein-Lahn-Wirtschaftsakademie

Stärkung der regionalen Kleinstunternehmen

Die Kleinstunternehmen mit unter 10 Beschäftigten prägen regional das tägliche Bild unserer Innenstädte. Durch die weiter fortschreitenden Automatisierung und Globalisierung stehen diese Betriebe unter einem **besonderen Druck** und müssen sich täglich in einem Kampf David gegen Goliath bewähren. Neugründungen mit neuen und innovativen Geschäftsideen haben es sehr schwer, die Gründungszeit zu überstehen. Dies liegt auch daran, dass meist von ein oder zwei Gründern neben der eigentlichen Geschäftsidee eine Vielzahl von unterschiedlichsten rechtlichen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Aufgaben bewältigt werden muss. Hier können durch **Gründungszentren in der Fläche** eine Förderung der Kleinstunternehmen sowie eine Festigung der bestehenden Betriebe erreicht werden und Neugründungen gefördert werden.

Der Rhein-Lahn-Kreis birgt ein hohes Potential für Start-Ups. Eingeflochten zwischen Koblenz, Limburg und dem Rhein-Main-Gebiet kann er bei entsprechender Breitbandversorgung mit günstigen Preisen für Wohn- und Gewerbeland auch für Unternehmensgründer interessanter werden. Der Kreis soll daher „Coworking-Spaces“ unter anderem in leerstehenden Immobilien einrichten und Unternehmensgründern kostenfrei zur Verfügung stellen und dies öffentlichkeitswirksam vermarkten. (Rhein-Lahn-Campus)

Entwicklung und Fortschritt

Der heimischen Wirtschaft geht es gut. Die Arbeitslosenzahl im Kreise ist sehr niedrig. Wir treten dafür ein, dass diese guten Bedingungen nun genutzt werden für:

- **Die Investition in neue Technologien und insbesondere in die Förderung der Informationstechnologie**
- Das Vorantreiben von **Job- und Ausbildungsmessen, Technologiemesen**

- Eine engere Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft durch **Gewinnung von Sponsoren**
- **Bürokratieabbau** in allen Bereichen, aber vor allem **bei Neugründungen und Ansiedlung neuer Unternehmen**, um Hürden zu senken und die Entwicklung der heimischen Wirtschaft zu fördern.
- **Bundesweiter Wettbewerb um Fachkräfte durch Image- und Werbekampagne**

Haushalt und Finanzen

Kommunale Unterfinanzierung beenden

Die Kommunen in RLP sind **vom Land chronisch unterfinanziert**. Nach Berechnungen des Landesrechnungshofes beträgt das Finanzierungsdefizit ca. € 300 Mio./Jahr!

Mit der **Änderung des kommunalen Finanzausgleichs** werden den Landkreisen und ländlichen Kommunen ab 2018 weitere Finanzmittel zu Gunsten der ebenfalls hoch verschuldeten kreisfreien Städte entzogen. Diese Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs **lehnt die AfD entschieden ab**. Im Einklang mit den kommunalen Spitzenverbänden fordern wir das Land auf, mehr Geld in den kommunalen Bereich einzubringen. Kostenträchtige ideologiegetriebene Projekte der Landesregierung (wie z. B. Gender, Inklusion), dürfen nicht dazu führen, dass dem kommunalen Bereich dringend benötigte Finanzmittel vorenthalten werden.

Haushaltssolidierung weiterführen

Die AfD wird der **Haushaltssolidierung des Kreises hohe Bedeutung** zumessen, damit unsere Kinder nicht unter den Schulden der heutigen Generation zu leiden haben. Hierzu bedarf es auch einer Überprüfung der Höhe der Kreisumlagen. **Sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur**, v.a. Straßen, Brücken, digitale Infrastruktur und Schulen, die die Substanz erhalten, werden wir trotz angespannter Haushaltslage **weiter unterstützen**. Die im Zuge der ab 2015 im Rahmen der Migrationskrise aufgebauten personellen und organisatorischen Strukturen auf Kreisebene sind fortlaufend auf die weitere Notwendigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls wieder zu reduzieren. **Sämtliche Möglichkeiten zur Rückführung abgelehnter und zwingend ausreisepflichtiger Asylbewerber sind vom Kreis auszuschöpfen**.

Wer bestellt, bezahlt! (Konnexitätsprinzip)

Grundsätzlich muss das **Konnexitätsprinzip** im Bereich der kommunalen Pflichtleistungen durchgesetzt werden. Bund und Land legen v. a. im Sozialbereich permanent ausgabenträchtige Programme auf, deren Kosten man trotz bereits bestehender Unterfinanzierung an die Kommunen weiterreicht. Dies hat wesentlichen Anteil an der Überschuldung der Kommunen. Sie schnüren den finanziellen Spielraum für die übrigen Kreisaufgaben zunehmend ein. Einnahmesteigerungen des Kreises durch Erhöhung der Kreisumlage treffen einseitig die Kommunen.

Bund und Land stehen deshalb in der Pflicht, für eine angemessene Finanzausstattung des kommunalen Bereichs zu sorgen. Nur so können die Kreisfinanzen dauerhaft auf eine gesunde Basis gestellt werden.

Freiwillige Leistungen zielorientiert einsetzen:

Die freiwilligen Leistungen des Kreises sollen in erster Linie den **Familien, alleinerziehenden Müttern und Vätern und Senioren im Kreis** zu Gute kommen und Projekte finanzieren, die diese gesellschaftlichen Gruppen fördern und entlasten. Dazu gehören beispielsweise Seniorentaxen für Arzt- und Krankenhausbesuche, Unterstützung bei Einkaufsfahrten für den täglichen Bedarf und kostenlose Busfahrten für bedürftige Rentner über 65 Jahre. Zugleich gilt es, alle freiwilligen Leistungen regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und deren Abbau zu forcieren, falls sie nicht zweckmäßig erscheinen.

Infrastruktur

Infrastruktur erhalten und ausbauen

Die AfD Rhein-Lahn befürwortet den Bau der **Mittelrheinbrücke** als Verbindung der Kreise Rhein-Hunsrück und Rhein - Lahn als Landesstraße. Die Versprechungen der jetzigen Landesregierung im Wahlkampf müssen endlich Früchte tragen. Anstelle ständiger Verschleppung durch den Wirtschaftsminister und somit der Landesregierung in dieser Angelegenheit sollte im Sinne der Berufspendler und auch in Hinsicht auf einen Tourismusaufschwung zeitnah eine Entscheidung für die Mittelrheinbrücke erfolgen.

Es sollten verschiedene Entwürfe im Rahmen einer Ausschreibung eingeholt werden. Die Optik der neuen Brücke sollte zur Rheinromantik passen. Eine unverbindliche, digital durchgeführte Bürgerbefragung könnte hier eine Rückkoppelung an die Bürger bewirken.

Rheinland-Pfalz verfügt über die größte Straßendichte im Bundesvergleich. **Die Infrastruktur im Kreis ist jedoch teilweise, insbesondere bei Kreisstraßen, in einem sehr schlechten Zustand.** Straßen und Brücken, aber auch die digitale Infrastruktur mit schnellem Internet genügen oft nicht den Anforderungen eines modernen Industriestaates und unserer Informationsgesellschaft. Die AfD fordert deshalb verstärkte Investitionen in die Infrastruktur, um unseren Landkreis auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten. Sowohl Kreis als auch Land müssen **mehr Geld für den Straßenbau** bereitstellen. Hierbei muss **Erhaltung vor Neubau** gehen. Nur mit einer intakten Infrastruktur wird es auch zukünftig möglich sein, Investoren für den Landkreis zu gewinnen und die ländlichen Regionen für junge Menschen und Familien attraktiv zu machen. Dazu muss auch die notwendige **flächendeckende Breitbandversorgung** über die bisher geplante Geschwindigkeit hinaus zügig gewährleistet werden, nach wie vor **bestehende Funklöcher im Mobiltelefonnetz sind zu schließen.** Schnelle Internetverbindungen sind gerade auf dem Lande ein wichtiger Standortfaktor. Die Ansiedlung von Unternehmen, aber auch die Gewährleistung von Telearbeit und der Aufbau einer digitalen öffentlichen Verwaltung können nur mit einer **leistungsfähigen digitalen Infrastruktur** gelingen.

Mobilität gewährleisten

Zusätzlich zum Individualverkehr, für dessen Erhalt wir uns einsetzen, setzen wir auf einen **leistungsfähigen ÖPNV**, der **die Anbindung der Landgemeinden** an die Mittelzentren und das Oberzentrum Koblenz sicherstellt. Dabei ist auf **Barrierefreiheit** in allen öffentlichen Verkehrsmitteln zu achten. Darüber hinaus sollen weitere Angebote an die Bürger, wie **Anrufsammeltaxen und Seniorentaxen**, verstärkt gefördert werden. Das bestehende **Radwegenetz muss weiter ausgebaut werden**, sowohl zur Weiterentwicklung touristischer Angebote, aber auch um Kurzstreckenpendlern den Weg zur Arbeit zu erleichtern.

Die Vias-Bahn am Rhein muss erhalten und ausgebaut werden. Die Schnellverbindung nach Frankfurt, die aktuell nur bis Eltville reicht, sollte bis nach Kaub und perspektivisch bis nach Lahnstein verlängert werden. Auch eine Schnellverbindung von Lahnstein nach Wiesbaden

wäre anzustreben. Die Verkehrsverbünde sollen zu einer Zusammenarbeit bewegt werden, damit die Preise für bundeslandüberschreitende Verbindungen günstiger werden.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Die AfD setzt sich im Kreis als auch darüber hinaus für **eine sichere, preiswerte und nachhaltige Energieversorgung** von Gewerbe und Haushalten ein. Die Energiewende wird diesem Zieldreieck nicht gerecht. **Rasant steigende Strompreise bei abnehmender Versorgungssicherheit gefährden den Wirtschaftsstandort** und führen zu Energiearmut bei Bürgern. Die AfD wendet sich deshalb gegen den weiteren Ausbau sowohl der Windenergie als auch der Biogasanlagen, solange diese am Markt nicht bestehen können und es keine großtechnische und preiswerte Möglichkeit der Energiespeicherung gibt. Der Kreis soll bei Zukunftsthema Wasserstoff hingegen nicht den Anschluss verlieren.

Lärmschutz als Querschnittsaufgabe

Lärm ist eine der größten Gesundheitsbelastungen in den Industrieländern. Mit zunehmender Verkehrsdichte wird Lärmschutz deshalb immer wichtiger. Der **Güterverkehr der Bahn** im Rheintal stellt nach wie vor eine **erhebliche Belastung** für die Anwohner dar. Weitere Anstrengungen zum **Lärmschutz** baulicher Art, aber auch am rollenden Material, sind erforderlich und sollten gemeinsam mit den Verantwortlichen der DB schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden (geänderte Trassenführung).

Umweltschutz ist Heimatschutz

Der Rhein-Lahn-Kreis verfügt über eine wunderbare, abwechslungsreiche Landschaft. Wälder, Hügel, Felder, Rhein und Lahn prägen unseren Kreis und seine Bewohner. Die Bewahrung dieser Landschaft ist uns eine Herzensangelegenheit. Bislang gibt es im Kreis zwölf Naturschutzgebiete im Kreis. Diese gilt es zu erhalten und es muss geprüft werden, inwiefern weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden sollten.

*Der **Naturpark Nassau** muss **erhalten** und insbesondere vom Bau von Windkraftanlagen verschont werden. Die geplanten Windkraftanlagen in der Region Klingelbach/Katzenelnbogen sowie Aul/Hambach werden ebenfalls entschieden abgelehnt. Es soll darüber hinaus geprüft werden, inwiefern der Kreis einen Beitrag zu **naturbelasseneren Wäldern, mehr Naturwiesen** und einer **Aufforstung** im Kreisgebiet leisten kann. Der Kreis soll so auch einen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Der Flächenverbrauch auch durch weitere Neubaugebiete ist durch Innenverdichtung in den Ortschaften zu verringern.*

*Die **Müllabfuhr** und **Abfallentsorgung** sind so zu gestalten, dass Mülltrennung und Recycling für Bürger **möglichst stressfrei** gestaltet werden. Auch ist über diesbezügliche Erfolge und Regeln durch eine **regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit** des Kreises hinzuweisen. Immer wieder sind illegale Müllentsorgungen im Kreis zu beanstanden, was auf einen entsprechenden Nachholbedarf hindeutet.*

Den Beitrag zum Umweltschutz, den die Jäger leisten, erkennen wir ausdrücklich an.

*Der Kreis soll einen **Umweltpreis** ausloben, mit dem jährlich die besten Ideen und das größte Engagement für den Erhalt der Umwelt im Kreis ausgezeichnet werden.*

Familien sind unsere Zukunft

Kinder sind unsere Zukunft. Jungen Menschen die Sicherheit zu geben, eine Familie schon in jungen Jahren zu gründen und sie im Rhein-Lahn-Kreis gedeihen zu lassen, ist unser erklärtes Ziel.

Daher wollen wir die familiäre Erziehung stärken und Familien die Möglichkeit geben, sich insbesondere in den ersten Lebensjahren selbst um ihre Kleinsten zu kümmern. Um die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, hat die AfD im Landtag den Antrag auf ein Landeserziehungsgeld eingebracht. Gleichzeitig muss es für die Kinder, die in öffentlichen Einrichtungen betreut werden, ein qualitativ hochwertiges Angebot geben. Die Landesregierung setzt hier den Fokus eher auf Quantität als auf Qualität.

Auch Tagesmütter und Elterninitiativen als Alternativen zu Kindertagesstätten sollten gefördert werden. Die bewährte Zusammenarbeit mit freien Trägern zur Unterstützung unserer Familien wollen wir fortsetzen und gegebenenfalls ausbauen. Ehrenamtliches Engagement muss weiterhin und verstärkt gefördert werden. Es ist ein Markenkern rheinland-pfälzischer Kultur.

Wir fordern daher:

- Landeserziehungsgeld als Ermöglichung echter Wahlfreiheit für Familien
- höherer Personalschlüssel und kleinere Gruppen in den KiTas,
- auskömmliche Finanzierung der KiTas durch das Land im neuen KiTa-Zukunftsgesetz
- familienfreundliche Eintrittspreise in öffentlichen Einrichtungen
- Unterstützung des Kreises beim Erhalt vorhandener Spielplätze